

Substanzielles Protokoll 77. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 11. Dezember 2015, 14.15 Uhr bis 16.36 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1. | Mitteilungen | |
| 4. | 2015/294 | Weisung vom 09.09.2015:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und
Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung
Globalbudgetanträge |
| | | FV |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Persönliche Erklärungen:

Roger Liebi (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum formellen Vorgehen der letzten Budgetsitzung.

Niklaus Scherr (AL) hält eine persönliche Erklärung zum formellen Vorgehen der letzten Budgetsitzung.

Dr. Mario Babini (parteilos) hält eine persönliche Erklärung zum formellen Vorgehen der letzten Budgetsitzung.

Geschäfte

1493. 2015/294

Weisung vom 09.09.2015:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetanträge

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 76, Beschluss-Nr. 1493/2015)

Beschlüsse:

Antrag 073.

Kommissionsminderheiten /-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Für den Verbesserungsantrag wurden 380 000 Franken beantragt. Es geht um die mobilen Datenerfassungsgeräte. Für diese MDE ist eine Ersatzbeschaffung für das Jahr 2016 geplant. Die Geräte sollen Ende 2016 an die Mitarbeitenden ausgegeben werden. Die Anforderungen an die Geräte wurden definiert. Im Moment läuft die Ausschreibung im öffentlichen Verfahren. Es gingen fristgerecht einige Angebote ein. Diese werden technisch und juristisch geprüft. Bis Ende 2015 werden die Testgeräte beschafft und im Einsatz geprüft. Anfangs 2016 soll der Ersatzbeschaffungsantrag gestellt und allenfalls bewilligt werden. Aus der Antwort auf unsere Anfrage lässt sich entnehmen, dass die bestehenden Geräte nicht defekt sind. Die Ersatzbeschaffung ist nicht zwingend notwendig. Wir sind der Meinung, dass die bestehenden Geräte ihre Aufgabe erfüllen und eine Ersatzbeschaffung nicht notwendig ist.

Christian Traber (CVP): Wir sind im Gegensatz zur Minderheit 1 der Ansicht, dass die Gerätebeschaffung in Etappen erfolgen soll. Es müssen nicht alle Geräte im Jahr 2016 ersetzt werden, auch im Jahr 2017 können manche Geräte ersetzt werden. Deshalb beantragen wir die Kürzung des Betrags.

Florian Utz (SP): Wir teilen die Ansicht von Christian Traber (CVP), dass die Geräte beschafft werden sollen. Die Etappierung würde jedoch dazu führen, dass eine zeitlang zwei Systeme parallel betrieben werden müssten. Dies führte nicht zu Einsparungen. Die Geräte werden trotzdem beschafft, wenn auch ein Jahr später. Wenn zwei Systeme parallel betrieben werden, hat dies Mehrausgaben zur Folge. Derartige doppelte Ausgaben erscheinen der Mehrheit nicht sinnvoll.

S. 197	25 2506 3112 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Blaue Zonen Anschaffungen IT-Anlagen Hardware				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
073.	Antrag Stadtrat				600 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
			380 000		220 000	Minderheit 1 Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			200 000		400 000	Minderheit 2 Christian Traber (CVP) Referent, Shaibal Roy (GLP)
			Begründung: SVP: Mobile Datenerfassungsgeräte noch nicht ersetzen; CVP: Etappierung der Beschaffung der neuen mobilen Datenerfassungsgeräte			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(600 000)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(220 000)	42 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(400 000)	<u>20 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 75 gegen 42 Stimmen zugestimmt.

Antrag 074.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Kleger (FDP): Wir sind gegen die Beschaffung der Geräte und deshalb auch gegen die Beschaffung der IT-Software.

Florian Utz (SP): Auch hier kann ich auf das vorherige Votum verweisen.

S. 197	25 2506 3113 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Blaue Zonen Anschaffungen IT-Anlagen Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
074.	Antrag Stadtrat				200 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)
			150 000		50 000 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Kein Ersatz der Datenerfassungsgeräte für «Kontrolle ruhender Verkehr»			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 075.

Kommissionsminderheit:

Matthias Probst (Grüne): Konkret geht es um vier Stellen bei der Stadtpolizei. Man könnte etwas weniger Mittel im Bereich der Betäubungsmittelbekämpfung einsetzen. Mit Markus Kunz (Grüne) habe ich 2014 eine Anfrage gestellt. Wir hatten gefragt, wie viele Mittel die Stadtpolizei für die Bekämpfung von Betäubungsmitteln einsetzt. Erstaunlicherweise wies die Stadtpolizei 50 Vollzeitstellen aus. Ein Teil davon sei auch im Bereich der Cannabisbekämpfung aktiv. Wir haben einen kleinen Teil der Kosten für die 50 Stellen herausgenommen, nämlich 400 000 Franken. Wir sind nun ehrlich und haben anfangs der Debatte bereits 10 Millionen Franken bei den Stellen eingespart. Wir sind der Ansicht, dass im Portfolio auch die vier von uns hier gestrichenen Stellen Platz haben. Wir empfehlen Stadtrat Richard Wolff, etwas weniger Stellenprozente in die Betäubungsmittelbekämpfung fließen zu lassen. Deshalb können wir diesen Antrag nun zurückziehen.

S. 200	25 2520 3010 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
075.	Antrag Stadtrat				215 915 200 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			400 000		215 515 200 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL)
			Begründung: Vier Stellen für Drogenfahndung streichen			

Matthias Probst (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 076.

S. 200	25 2520 3092 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Personalwerbung				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
076.	Antrag Stadtrat				795 800	Minderheit
			70 600		725 200	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Budget 2015 nicht überschreiten

Markus Hungerbühler (CVP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 077.

S. 201	25 2520 3107 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
077.	Antrag Stadtrat				501 200	Mehrheit
			100 000		401 200	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Budget 2015 nicht überschreiten

Markus Hungerbühler (CVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 078.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Die Mehrheit der RPK beantragt, auf diesem Konto beim langjährigen Durchschnitt zu bleiben. 400 000 Franken sollten für die Anschaffungen im Bereich Hardware ausreichen.

Florian Utz (SP): Mir ist nicht klar, was gestrichen werden sollte. Es ist schwierig, dazu Stellung zu nehmen, warum diese 60 000 Franken gekürzt werden sollten. Eine Stellungnahme, die sich gegen die Kürzung ausspricht, ist ebenfalls schwierig. Eine Kürzung ohne zu wissen, bei welchem Projekt gekürzt werden sollte, erscheint der Minderheit nicht als sinnvoll.

S. 201	25 2520 3112 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffungen IT-Anlagen Hardware	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
078.	Antrag Stadtrat				460 000	Minderheit Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
			60 000		400 000	Mehrheit Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Plafonierung auf Fr. 400 000				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 079.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Bei diesem Antrag geht es um eine ganze Serie an Softwarelösungen, die ausgebaut werden sollen. Wir haben die Liste in der RPK genau geprüft und verschiedene Nachfragen gestellt. Wir sind der Ansicht, dass auf den Um- und Ausbau der Ordnungsbussensoftware in Höhe von 165 000 Franken sowie auf das Bildmanagementsystem in Höhe von 120 000 Franken verzichtet werden kann.

Florian Utz (SP): Die Software, die ersetzt werden soll, ist teilweise sehr alt. Die Bildmanagementsoftware ist über 10 Jahre alt. Dass bei einer Software nach über 10 Jahren eine Ersatzneubeschaffung notwendig ist, erscheint für die Mehrheit nachvollziehbar.

S. 201 25
2520
3113 0000

POLIZEIDEPARTEMENT
Stadtpolizei
Anschaffungen IT-Anlagen Software

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
079. Antrag Stadtrat			510 000	Mehrheit
	285 000		225 000	Minderheit
	Begründung: Verzicht auf Um- und Ausbau Ordnungsbussensoftware (Fr. 165 000), kein Releasewechsel Bildungsmanagementsystem			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 080.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Hier geht es um das sogenannte Verzögerungselement. Es geht um Reizstoffgranaten, die nach eineinhalb Sekunden ihre Wirkung entfalten. Es gibt bereits heute Granaten, die so funktionieren. Nun möchte die Stadtpolizei die RUAG beauftragen, solche Granaten nochmals zu entwickeln. Gleichzeitig sagt die Stadtpolizei, sie müsse diese Entwicklung selbst bezahlen, da bei allen anderen Polizeicorps keine Nachfrage bestehe. Für alle anderen Polizeicorps ist das bestehende Modell gut genug. Die Stadtpolizei will hingegen eine neue Granate. Wir sind der Ansicht, dass das bestehende Modell entweder tatsächlich unzureichend ist und die Neuentwicklung ein erfolgsversprechendes Businessmodell ist, das die RUAG auch selbst finanzieren kann. Wenn jedoch alle anderen Polizeicorps mit dem bisherigen Modell zufrieden sind, muss kein neues Modell entwickelt werden.

Roger Liebi (SVP): Die Mehrheit hat sich auf die Begründung der CVP geeinigt. Dieser Begründung soll die Budgeterhöhung reduziert werden. Eingangs haben wir diese Position von fast allen Fraktionen gehört. Die Stadt hat ein systemisches Defizit, deshalb müssen wir sparen. Wir empfehlen die entsprechende Verbesserung.

Weitere Wortmeldungen:

Christian Traber (CVP): Ursprünglich stellten wir im Hinblick auf die Betragshöhe denselben Antrag wie die SP, unsere Begründung war jedoch eine Andere. Wir wollen betonen, dass wir nicht gegen die Beschaffung dieses Verzögerungselements sind. Man konnte in der Antwort klar nachlesen, dass die Modelle, die auf dem Markt existieren, für die Stadtpolizei bei den Tests nicht genügten. Gemeinsam mit der RUAG soll somit ein neues Modell entwickelt werden. Man kann darüber diskutieren, ob diese Elemente tatsächlich notwendig sind. Die Stadtpolizei ist jedoch konzeptuell darauf ausgelegt. Die Beschaffung eines angepassten Verzögerungszünder, der sein Ziel erfüllt, in Zusammenarbeit mit der RUAG ist notwendig. Nichtsdestotrotz beantragen wir eine Kürzung um 100 000 Franken, diese Kürzung bezieht sich jedoch nicht auf die Anschaffung des Zünder.

Roger Liebi (SVP): Ich habe darauf hingewiesen, dass wir die Begründung der CVP übernehmen, deshalb schliessen wir uns der Mehrheit an.

S. 201	25 2520 3130 0140	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Betriebs-, Verbrauchs-, Klein- und Reinigungsmaterialien: Ersatzteile				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
080.	Antrag Stadtrat			1 608 500	Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
		100 000		1 508 500	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: SP: Keine Finanzierung von RUAG-Projekten; CVP: Budgeterhöhung reduzieren				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 124 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 081.

S. 202	25 2520 3170 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
081.	Antrag Stadtrat			1 779 600	Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
		160 000		1 619 600	Mehrheit	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Budgeterhöhung reduzieren				

Markus Hungerbühler (CVP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 082.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christian Traber (CVP): Wir beantragen auf diesem Konto eine Kürzung um 160 000 Franken. Es geht explizit um die angestrebte Bevölkerungsumfrage. Wir haben uns da-

von überzeugt, dass eine Zusammenführung mit der Bevölkerungsbefragung im Präsidialdepartement möglich ist. Es ist möglich, auch bei dieser Umfrage die Fragen zum Sicherheitsempfinden der Bevölkerung einzubringen. Bei der Stadtverwaltung ist die notwendige Synergie vorhanden. Man kann die Umfrage beim Präsidialdepartement auch zugunsten der Stadtpolizei anpassen oder ausweiten.

Florian Utz (SP): Die Minderheit wäre bereit, der Stadtpolizei die notwendigen Mittel zukommen zu lassen. Es sind durchaus interessante Erkenntnisse möglich. Die Umfrage wurde das letzte Mal vor über fünf Jahren durchgeführt. Es handelt sich um keine Umfrage, die jährlich durchgeführt werden muss. In periodischen Abständen können interessante und einsatzrelevante Erkenntnisse gewonnen werden. Wir glauben auch, dass nicht alle Umfragen der Stadt zusammengeführt werden können. Irgendwann werden diese Umfragen so umfangreich, dass sich die Leute weigern werden, teilzunehmen. Dann müssen noch mehr Anrufe getätigt werden und die Kosten werden steigen. Deshalb erachten wir die Umfrage als grundsätzlich sinnvoll und sind bereit, das Geld zu sprechen. Wir sind jedoch der Ansicht, dass sich die Umfrage mit maximal 100 000 Franken problemlos durchführen lässt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Man beklagt immer, die Polizei würde weder am richtigen Ort, noch konsumenten- und bedarfsgerecht handeln. Wir müssen jedoch zunächst wissen, was die Leute überhaupt wollen und in welchen Bereichen sie unzufrieden sind. Wir müssen die subjektiven Sicherheitsbedürfnisse kennen. Wenn bei einer städtischen Umfrage einfach gefragt wird, ob die Leute mit der Polizei zufrieden seien, fallen die Resultate ziemlich ungenau aus. Die städtische Umfrage, die alle zwei bis vier Jahre durchgeführt wird, eignet sich nicht, um die Interessen und Bedürfnisse der Polizei sowie die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung abzudecken. Die letzte Umfrage der Polizei ist sieben Jahre her. 2008 wurde die letzte Befragung durchgeführt. Wir müssen wissen, wie die Polizeiarbeit von der Bevölkerung eingeschätzt wird. Alle acht Jahre eine solche Umfrage durchzuführen, scheint angemessen. Wir müssen wissen, wo wir uns verbessern können, wo wir mehr oder weniger investieren müssen. Die Befragung der Stadt, die sich auf alle Departemente bezieht, kann nicht auch noch ein detailliertes Stimmungsbild zur Polizei einfangen.

S. 202	25 2520 3180 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
082.	Antrag Stadtrat		60 000		3 820 600 3 760 600	Minderheit
			160 000		3 660 600	Mehrheit
						Enthaltung
			Begründung:	SP: 100 000 Franken müssen für die Durchführung einer Umfrage genügen; CVP: Verzicht auf Bevölkerungsumfrage		
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP) Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(3 660 600)	62 Stimmen
Antrag Minderheit	(3 760 600)	63 Stimmen
Antrag Stadtrat	(3 820 600)	<u>0 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit zugestimmt.

Antrag 083.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Es gab einen Tabellenantrag der FDP, demzufolge auf diesem Konto 400 000 Franken gekürzt werden sollten. Die AL beantragt eine Kürzung um 200 000 Franken bei den IT-Leistungen. Es geht nicht darum, ein einzelnes Projekt herauszunehmen. Die IT-Leistungen der Polizei haben ein spezielles Problem. Dies hat mit den Vereinen, die zu den einzelnen Projekten gegründet werden, zu tun. Es wurde gemeinsam mit einigen anderen Polizeicorps ein Verein gegründet. Dieser Verein beschliesst, welche Ausgaben getätigt werden. Deshalb ist dieses Konto auch so gross. Allenfalls zu Beginn gibt es beim Startkredit einen Beschluss und danach allenfalls noch bei einer Kreditabrechnung. Die Startkredite sind jedoch meist so klein, dass nicht einmal der Stadtrat diese überprüfen wird. Über die Jahre summieren sich die Beträge jedoch. Wir finden diese Situation schwierig, wir gehen davon aus, dass das Synergie- und Optimierungspotential nicht geprüft wurde. Wir finden, dass der Stadtrat nochmals über die Bücher gehen sollte, um in diesen Bereichen zu schauen, inwiefern die IT-Strategie überhaupt funktioniert. Die Projekte sollten überprüft werden. Ich zweifle nicht an der Kompetenz des Stadtrats, die Ausgaben benötigen jedoch eine breitere Kontrolle.

Florian Utz (SP): Wir finden die korpsübergreifende Zusammenarbeit in diesem Bereich sinnvoll. Diese Zusammenarbeit hat eine Effizienzsteigerung zur Folge. Gleichzeitig ist es wichtig, den Datenschutz im Auge zu behalten. Jedoch wurde nicht geltend gemacht, dass ein Projekt in datenschützerischer Hinsicht problematisch sei. Die Zusammenarbeit scheint sinnvoll.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): Ich möchte noch eine Anmerkung zum Effizienzgewinn machen. Die verschiedenen Polizeikorps in der Schweiz haben parallel vier verschiedene Geschäftsbearbeitungssysteme in Zusammenarbeit mit verschiedenen Firmen entwickelt. Das ist weder effizient, noch im Hinblick auf den Datenschutz transparent.

S. 202	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3189 0000	Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
083.	Antrag Stadtrat				2 215 000	Mehrheit
			200 000		2 015 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Verzicht auf einen Teil der korpsübergreifenden Projekte

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 31 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 084. und 085.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Im Jahr 2016 müssen den Hochrechnungen zufolge etwa 600 Klientinnen und Klienten in die ZAP eingeliefert werden. Die Berechnung des Budgets beruht jedoch auf 1000 angenommenen Einlieferungen. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass die Budgetierung auf den bisherigen Zahlen basieren sollte. In der Vergangenheit standen, auch aufgrund der veränderten Öffnungszeiten, weniger Zellen zur Verfügung, manchmal waren diese sogar unterbelegt. Deshalb scheint es uns korrekt, die Budgetierung auf den Erfahrungswerten basieren zu lassen. Es gibt auch dann noch einen gewissen Toleranzbereich.

Christian Traber (CVP): Wir sind der Ansicht, dass sich die Angelegenheit nicht so verhält, wie sie von Florian Utz (SP) dargelegt wurde. Ein wichtiger Aspekt sind die verlängerten Öffnungszeiten seit dem 1. November. Nun herrscht Vollbetrieb. Zusätzlich dazu können neu aus den umliegenden Gemeinden Zuführungen in die ZAP erfolgen. Deshalb ist die Budgetierung für 1000 Plätze angemessen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Wir betreiben hier Spiegelfechterei. Wenn die 600 Plätze überschritten wurden, wird die ZAP nicht geschlossen. Die 1000 Plätze beziehen sich auf die Erfahrungswerte von 2014. Im Jahr 2015 reduzierte sich der Bedarf tatsächlich. Dies hatte auch mit den Öffnungszeiten zu tun. Die Hochrechnung von Florian Utz (SP) ist nicht zutreffend. Eine lineare Kürzung ist zudem nicht plausibel, da die Fixkosten auch bei einer kleineren Anzahl Fälle gleich bleiben.

S. 203	25	POLIZEIDEPARTEMENT			
	2520	Stadtpolizei			
	3300 0000	Abschreibungen von Guthaben des Finanzvermögens			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
084.	Antrag Stadtrat			3 200 000	Minderheit
		100 000		3 100 000	Mehrheit
					Enthaltung
		Begründung: ZAB mit 600 (IST) statt 1000 Übernachtungen budgetieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 28 Stimmen zu.

Antrag 085.

Wortmeldungen siehe Antrag 084.

S. 203	25	POLIZEIDEPARTEMENT			
	2520	Stadtpolizei			
	4340 0000	Benutzungsgebühren und Dienstleistungen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
085.	Antrag Stadtrat			-2 905 000	Minderheit
			260 000	-2 645 000	Mehrheit
					Enthaltung
		Begründung: ZAB mit 600 (IST) statt 1000 Übernachtungen budgetieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 28 Stimmen zu.

Antrag 086.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Kleger (FDP): Bei diesem Posten fallen die hohen Telefoniekosten auf. Mit der heutigen Elektronik und den bestehenden Gesamtpaketen sollte eine Senkung der Telefoniekosten möglich sein.

Florian Utz (SP): Die Telefoniekosten betragen insgesamt 2,1 Millionen Franken. 1,3 Millionen davon sind Fixkosten. Flexibel sind 800 000 Franken für den Funk sowie für

die sonstige Kommunikation im Einsatz. Diese flexiblen Kosten sollen halbiert werden. Wenn die Polizistinnen und Polizisten nicht mehr so häufig miteinander kommunizieren können, hat dies direkte Auswirkungen auf die Sicherheit in der Stadt.

S. 203	25 2520 3910 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Vergütung an OIZ für IT-Leistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
086.	Antrag Stadtrat				5 201 000	Mehrheit
			400 000		4 801 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Enorm hohe Telefoniekosten senken			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 087.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Tognella (FDP): Es geht um die Schiffsanlegeplätze. Die Erhöhung der Gebühren wollen wir nicht. Es gibt einen Stadtratsbeschluss, der eine bemühte Begründung zum Inhalt hat und das Kostendeckungsprinzip nahelegt. Es wird damit argumentiert, dass die Plätze auf dem Wasser viel teurer geworden seien. Teerplätze an Land hingegen seien nicht teurer geworden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Bewirtschaftung der Wasserplätze um so viel teurer sein sollte. Ich weiss, dass jährlich ein Tauchgang notwendig ist, um die Bojen zu kontrollieren. Dies kann jedoch nicht der Grund für die massive Anhebung der Gebühren sein. Es gibt jedoch eine Warteliste für diese Plätze. Man kann sagen, dass der Stadtrat das Marktprinzip verfolgt und wegen der Warteliste die Gebühren erhöht. Diese Begründung wäre zumindest ehrlich. Es ist nicht sinnvoll, diese Gebühren wegen der Warteliste anzuhängen. Es verärgert nur diejenigen Leute, die ihre Freizeit am See verbringen wollen.

Florian Utz (SP): Uns geht es um das Kostendeckungsprinzip. Schiffseigentum ist ein Luxusgut. Die Mehrheit findet es nicht sinnvoll, bei Luxusgütern keine kostendeckenden Gebühren zu haben. Schiffseigentum muss nicht subventioniert werden. Wir verlangen bei den Schiffsstandplätzen nicht das, was bei den städtischen Wohnungen von der SVP und FDP verlangt wird. Wir verlangen nicht die Einführung der Marktmiete. Wir verlangen lediglich Kostendeckung.

S. 203	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	4270 0100	Mieten für Benutzung öffentlichen Grundes: Schiffsstandplätze				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
087.	Antrag Stadtrat				-2 955 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)
				435 000	-2 520 000 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Keine Sanierung der Stadtkasse mittels Gebührenerhöhung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 088.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Hier geht es um Gebührenerhöhungen für Boulevard-Cafés, Bauzwecke, Taxis, Märkte und öffentliche Veranstaltungen. Es ist klar, dass Gebühren Anreize setzen. Bei hohen Gebühren wird der Anreiz gesetzt, die Dienstleistung weniger in Anspruch zu nehmen. Steigen die Gebühren für Energie, sinkt die Nachfrage. Es wird weniger Energie verbraucht. Dies ist sinnvoll. Hier geht es aber nicht um etwas, das nicht getan werden sollte. Möchte jemand ein Boulevard-Café betreiben, kann dies durchaus sinnvoll sein. Wir müssen keine Anreize setzen, damit das von möglichst wenigen Leuten gemacht wird. Auch die Aufstellung von Marktständen kann sinnvoll sein. Dasselbe gilt auch für Veranstaltungen. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass es gut ist, wenn die Leute innovativ sind. Es ist klar, dass die Benutzung des öffentlichen Grunds nicht kostenlos sein kann. Wir finden die heutigen Gebühren jedoch ausreichend. Eine Erhöhung der Gebühren für erwünschte Dinge ist nicht richtig.

Christina Schiller (AL): Bei diesem Antrag geht es um die Gebührenerhöhung für die Mietung des öffentlichen Grunds. Ich kann die Argumentation von Florian Utz (SP) nicht nachvollziehen, da es bereits beim Antrag 87 um die Benutzung des öffentlichen Grunds ging. Ich verstehe nicht, warum Florian Utz (SP) hier umschwenkt. Es geht konkret darum, dass die Gebühren an die Teuerung angepasst werden sollen. Es wird bei dieser Erhöhung die aktuelle Wirtschaftslage sowie der Verlauf der vergangenen Jahre berücksichtigt. Die Erhöhung bewegt sich in einem moderaten Rahmen.

Weitere Wortmeldung:

Guido Trevisan (GLP): Wir schliessen uns der Mehrheit an, weil wir der Ansicht sind, dass Mehreinnahmen nicht antizipiert werden sollten.

S. 203	25 2520 4270 0200	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Mieten für Benutzung öffentlichen Grundes: Bauzwecke, Reklamen, Taxi, Car, Märkte und Übrige				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
088.	Antrag Stadtrat				-10 280 500	Minderheit
				817 500	-9 463 000	Mehrheit
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP) Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Verzicht auf die geplanten Gebührenerhöhungen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 30 Stimmen zu.

Antrag 089.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Hier geht es um eine Gebührenerhöhung, die von der Mehrheit nicht als sinnvoll erachtet wird. Diese Erhöhung geht zudem über das Kostendeckungsprinzip hinaus. Es würde sogar ein Gewinn damit erwirtschaftet. Das geht uns zu weit.

Christian Traber (CVP): Bei dieser Position geht es um Gebühren für Amtshandlungen. Wir sind der Meinung, dass eine Anpassung an die Gebühren des Kantons und der umliegenden Gemeinden vollzogen werden sollte.

S. 203	25 2520 4310 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Gebühren für Amtshandlungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
089.	Antrag Stadtrat				-3 356 200	Minderheit
				164 000	-3 192 200	Mehrheit
						Christian Traber (CVP) Referent, Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Verzicht auf die geplanten Gebührenerhöhungen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 28 Stimmen zu.

Antrag 090.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Tognella (FDP): Es geht darum, dass bei diesem Konto davon ausgegangen wird, dass die Einnahmen aus den Ordnungsbussen um 2 Millionen Franken steigen werden. Es geht darum, dass Schönfärberei betrieben werden soll. Das Budget soll schöner dargestellt werden, als es eigentlich ist. Eigentlich ist es das Ziel dieses Antrags, der Polizei ein klares Bussenziel mit auf den Weg zu geben. Man hat sich im Gemeinderat darauf geeinigt, keine solchen Zielsetzungen auszusprechen. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich von der SP gehört hätte, die erhöhten Bussenerträge in die Mitarbeiterbewertungen einfließen lassen zu wollen. Damit sollte nicht budgetiert werden.

Florian Utz (SP): Gebühren setzen immer auch Anreize. Natürlich ist es möglich, dass der Auftrag erteilt wird, um weniger Einnahmen durch die Ordnungsbussen zu erzielen. Dieser Anreiz ist nicht sinnvoll. Bei der letzten Gebührenerhöhung waren wir der Ansicht, dass Anreize für wirtschaftliche Innovation bestehen. Werden weniger Kontrollen durchgeführt, motiviert das die Menschen zu häufigeren Vergehen. Dies ist nicht sinnvoll.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Ich möchte Berthold Brecht zitieren: «Stell dir vor, es gibt Krieg und keiner geht hin.» Dies könnte man abwandeln zu: Stell dir vor, die Stadt ist gespickt mit Radarfallen und niemand fährt mehr Auto. Das Nirwana der Grünen wäre verwirklicht. Die Folge wäre, dass die Stadt rund 60 Millionen weniger ausgeben dürfte. Sie müsste sparen. Da es weiterhin Autofahrer geben wird, können die Einnahmen aus den Ordnungsbussen für den Schuldenabbau verwendet werden. Der Argumentation von Roger Tognella (FDP) habe ich nichts hinzuzufügen.

S. 204	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	4370 0101	Ertrag aus Ordnungsbussen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
090.	Antrag Stadtrat				-59 900 000	Mehrheit
				2 000 000	-57 900 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Keine Sanierung der Stadtkasse mittels Gebührenerhöhung		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 091.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Kleger (FDP): Es geht um die Anschaffung neuer Mobiltelefone. Wir sind der Ansicht, dass Telefone dann ersetzt werden sollten, wenn sie defekt sind. Es ist durchaus möglich, auch mit einem älteren Modell zu telefonieren.

Florian Utz (SP): Ich hatte damit gerechnet, dass die Begründung vorgebracht würde, wie sie auch in der Fahne steht. Für die Begründung, dass statt Apple Android verwendet werden sollte, hätte ich ein gewisses Verständnis. Die heutige Software existiert nur für iOS. Ein kurzfristiger Umstieg auf Android ist schwierig. Mittelfristig fände ich einen Umstieg auf offene Programme und Android sinnvoll. Es ist nicht sinnvoll, sich mit der Software auf einen Hersteller festzulegen, der die Preise beliebig diktieren kann. Ich fordere den Stadtrat auf, in dieser Hinsicht tätig zu werden. Ich erkenne jedoch die aktuelle Zwangslage.

S. 205	25 2520 501411	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffung IT-Anlagen Hardware				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
091.	Antrag Stadtrat				500 000	Mehrheit
			250 000		250 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Günstigere Geräte als Apple beschaffen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 092.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Kleger (FDP): Es geht um temporäre Arbeitskräfte. Wir sind für eine Streichung von 30 000 Franken. Das eigene Personal sollte ausreichen, ein Einbezug temporärer Arbeitskräfte ist nicht notwendig. Wir wollen kein verstecktes Personalwachstum.

Florian Utz (SP): Die Stellen der temporären Arbeitskräfte sind rentabel. Es geht um das Verlustscheininkasso und das Eintreiben von Geld. Wenn jetzt sogar die rentablen Stellen gestrichen werden sollen, dann geht es um Ideologie. Dies wird eine Verschlechterung des Budgets zur Folge haben.

S. 206 25 POLIZEIDEPARTEMENT
2525 Stadtrichteramt
3080 0000 Entschädigungen für temporäre Arbeitskräfte

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
092. Antrag Stadtrat			30 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP)
	30 000		0 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaél Tschanz (FDP)

Begründung: Kein verstecktes Personalwachstum durch Temporäre

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 50 Stimmen zu.

Antrag 093.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Traber (CVP): Es handelte sich um einen Tabellenantrag, der sich jedoch auf 10 % der 40 000 Franken belief. Deshalb möchte ich diesen Antrag aufrecht erhalten. Wir reden hier über das Stadtrichteramt. 2014 und 2015 war keine Personalwerbung notwendig. Hypothetisch wird in der Begründung geschrieben, dass Rücktritte und Abgänge denkbar und deshalb 40 000 Franken für Rekrutierungen notwendig seien. Dieser Betrag kann gestrichen werden. Bei Bedarf kann ein Zusatzkredit beantragt werden.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit findet es nicht sinnvoll, diesen Posten ganz zu streichen. Dies führte letztlich zu mehr Aufwand. Sollten es zu keinen Vakanz kommen, wird auf diesem Konto auch nichts ausgegeben werden. In der Rechnung 2016 wird man besser abschneiden. Kommt der Minderheitsantrag durch, braucht es bereits bei der ersten Vakanz einen Zusatzkredit. Wir werden über diesen Zusatzkredit debattieren müssen. Auch dies verursacht Kosten.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Es wird bei diesem Konto nie weniger als Null geben.

Christian Traber (CVP): Korrekterweise müsste man hier 36 000 Franken streichen, um auf Null zu gelangen.

S. 206 25 POLIZEIDEPARTEMENT
2525 Stadtrichteramt
3092 0000 Personalwerbung

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
093. Antrag Stadtrat			40 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP)

36 000

4000 Minderheit

Christian Traber (CVP)
Referent, Martin Bürlimann
(SVP), Dr. Urs Egger
(FDP), Roger Liebi (SVP),
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Nicht «auf Vorrat» budgetieren, wenn nötig ZK beantragen

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 003. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 36 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 50 Stimmen zu.

Antrag 094.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Ich schätze das Stadtrichteramt sehr, trotzdem kann ich diesen Antrag nicht nachvollziehen. 130 000 Franken sind eingestellt, damit überprüft werden kann, ob eine tadellos funktionierende Software ersetzt werden sollte. Ich sehe ein, dass manchmal eine Software die Anforderungen nicht erfüllt. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass die OIZ angefragt werden kann, ob ein Sicherheitsproblem besteht. Ein Drittauftrag ist nicht notwendig. Dazu kommt, dass die OIZ kein direktes Interesse daran hat, die Software zwingend ersetzen zu wollen. Wird eine Drittpartei mit dieser Überprüfung beauftragt, muss man damit rechnen, dass sie die Software ersetzen wollen wird. Diese Investition ist unnötig und kontraproduktiv.

Felix Moser (Grüne): Die Programme werden alt und müssen demnächst ersetzt werden. Es soll überprüft werden, ob die Programme alle gemeinsam ersetzt werden müssen. Die OIZ hat angeblich keine Ressourcen, diese Überprüfung durchzuführen. Wir glauben der OIZ diesbezüglich.

S. 207 25
2525
3189 0000

POLIZEIDEPARTEMENT
Stadtrichteramt
Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
094.	Antrag Stadtrat			513 000	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Shaibal Roy (GLP)
		130 000		383 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Prüfung, ob neue Software erforderlich ist, durch OIZ statt extern vornehmen lassen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 095.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Wir diskutieren seit zwei bis drei Jahren darüber, dass in der höheren Fachschule für Rettungsberufe eine transparente Kostenrechnung aufgestellt werden müsste. Die Situation hat sich etwas verbessert. Es wurde mit den Ausserkantonalen vereinbart, dass Studiengebühren bezahlt werden müssen. Die transparente Kostenrechnung muss endlich vorgelegt werden. Die Verantwortlichen müssen sich beeilen. Es ist nicht so schwierig, eine Kostenrechnung aufzustellen.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit ist nicht grundsätzlich anderer Meinung. Wir sind jedoch gegen diesen Streichungsantrag. Die Kurse wurden bereits ausgeschrieben, das Programm existiert bereits. Diese kurzfristige Kürzung ist nicht tragbar.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Wir wissen, was wir zu tun haben. Wir befinden uns auf einem guten Weg. Wir können die Kosten noch nicht kennen, weil im neuen Ausbildungszentrum noch nicht festgeschrieben wurde, wer welche Kosten zu tragen hat. Diese Festschreibung erfolgt 2016. Ebenso wird 2016 eine transparentere Rechnungslegung vorgelegt.

S. 210	25 2550 3018 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
095.	Antrag Stadtrat				1 065 500	Mehrheit
			100 000		965 500	Minderheit
			Begründung:	Höhere Fachschule für Rettungsberufe: Ausbau erst, wenn transparente Kostenrechnung vorliegt		
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Christian Traber (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 109 gegen 16 Stimmen zu.

Antrag 096.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Kleger (FDP): Es geht um eine Neuanschaffung im Bereich IT. Die Software soll dauerhaft eine Kosteneinsparung und eine verbesserte Effizienz einbringen. Wir finden, dass diese Lösung nicht optimal ist.

Florian Utz (SP): Ich habe versucht, herauszufinden, welche Software gestrichen werden soll. Ich gehe davon aus, dass die Leistungserfassung des Rettungsdienstes sowie

die Schulmaterialverwaltungssoftware gestrichen werden sollen. Ich verstehe nicht, wieso diese beiden Projekte gestrichen werden sollen.

S. 211	25 2550 3113 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Anschaffungen IT-Anlagen Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
096.	Antrag Stadtrat				457 900	Mehrheit
			286 900		171 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Keine Softwarelösungen, die nichts bringen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 097.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Für neue öffentliche Schutzräume sollen 250 000 Franken budgetiert werden. Es wurde bereits angekündigt, dass es viele Folgeanträge geben werde. Es geht also um viel Geld. Im Kanton Zürich gibt es ein Überangebot an Schutzplätzen. Dies trifft nicht auf alle Quartiere in der Stadt zu. Es gibt die bundesrechtliche Vorgabe, dass der Schutzplatz innerhalb von 60 Minuten erreicht werden muss. Die Stadt kann das Überangebot in den Nachbargemeinden nutzen. Bislang wurde nie abgeklärt, welche Schutzplätze in den Nachbargemeinden konkret genutzt werden könnten. Sollte sich herausstellen, dass auch nach Nutzung dieses Überangebots weitere Schutzräume notwendig sind, kann ein weiterer Antrag gestellt werden.

Christian Traber (CVP): Es wurde tatsächlich nie abgeklärt, ob in unmittelbaren Nachbargemeinden Schutzplätze genutzt werden können. Es kann jedoch nicht gesagt werden, dass die Schutzplätze in den Nachbargemeinden auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Diese 250 000 Franken stehen saldoneutral zur Verfügung. Die Stadt wurde vom Kanton angemahnt, das Schutzraumplatzdefizit zu beheben. Die Bevölkerung weiss nicht genau, wo diese Schutzplätze in den Nachbargemeinden sind und sie wird diese somit auch nicht in 60 Minuten erreichen können. Es geht um 420 Schutzplätze, die nächstes Jahr geschaffen werden könnten. Dies ist sinnvoll zugunsten der Bevölkerung.

S. 212	25 2550 3149 0100	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Kleinere Neu- und Umbauten: Zivilschutzanlagen und öffentliche Schutzräume				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
097.	Antrag Stadtrat				250 000	Minderheit
						Christian Traber (CVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)

250 000

0 Mehrheit

Florian Utz (SP) Referent,
Präsidentin Rebekka Wyler
(SP), Vizepräsident Walter
Angst (AL), Martin Bürli-
mann (SVP), Roger Liebi
(SVP), Felix Moser (Grüne),
Andrea Nüssli (SP)

Begründung: Prüfen, ob nicht die bestehenden Überkapazitäten in Nachbargemeinden genutzt werden können

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 098.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): *Auch hier geht es um den Zivilschutz. Es gibt zwei Arten von Zivilschutzeinsätzen. Es gibt Einsätze zugunsten der Allgemeinheit und es gibt Wiederholungskurse. Die Einsätze sollen in beiden Bereichen deutlich erhöht werden. Die Minderheit ist der Ansicht, dass die Einsätze zugunsten der Allgemeinheit grundsätzlich sinnvoll sind. In diesem Bereich sind wir dafür, die Einsätze zu verdoppeln. Wir finden es jedoch falsch, die Einsatzdauer in den Wiederholungskursen zu erhöhen. Die Stadt hielt sich bislang an die Vorgaben des Bundes. Dies war bislang immer ausreichend. Es kam zu keinen Sicherheitsproblemen. Insgesamt sind wir der Ansicht, dass problemlos gespart werden kann. An den Tagen, an denen die Menschen nicht in den Wiederholungskursen sind, stehen sie der Wirtschaft zur Verfügung und sind produktiv.*

Christian Traber (CVP): *Die Anzahl Tage in den Wiederholungskursen soll von 2 auf 3 erhöht werden. Das Departement legte die Nachteile von 2 tägigen Wiederholungskursen offen. Im Kader und bei der Führung der Mannschaft konnten manche Anwendungen an den Maschinen nicht gelehrt werden. Es wäre tragisch, wenn wir diese Maschinen und Geräte im Ernstfall nicht bedienen könnten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Es geht nicht um die 15 300 Franken. Es geht um die Wertschätzung des Zivilschutzes. Wenn gesagt wird, dass sich die Anzahl Tage verandert halbfacht, ist das ein statistisches Problem. In den letzten Jahren haben wir die Anzahl Tage halbiert. Die Anzahl Tage hat sich von 5 auf 2 Tage reduziert. Nun haben wir gemerkt, dass 2 Tage nicht ausreichend sind, da in dieser Zeit auch das Material in Empfang genommen wird. Es besteht zu wenig Zeit, um neue Dinge zu lernen. Wir nehmen neue Zangen entgegen, um komplizierte Unfälle aufzuschneiden. Die Leute können nicht mehr ausgebildet werden. Es ist unlauter, hier zu behaupten, die Ausbildung würde überborden. Es wird sehr gute Arbeit geleistet. Der Sold ist sehr niedrig. Die Leute müssen zumindest anständig ausgebildet werden.*

S. 213 25 POLIZEIDEPARTEMENT
2550 Schutz und Rettung
3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
098. Antrag Stadtrat			3 150 000 Mehrheit	Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
	15 300		3 134 700 Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)

Begründung: Keine Erhöhung der Dauer der Zivilschutz-WKs

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 099.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Traber (CVP): *Es geht um Projektbegleitungen. Wir sind der Ansicht, dass ein Rückgang auf den langjährigen Schnitt möglich ist. 150 000 Franken sollten ausreichen, um die Projekte zu beenden.*

Florian Utz (SP): *Wir halten diese Kürzung für unbegründet.*

S. 213 25 POLIZEIDEPARTEMENT
2550 Schutz und Rettung
3186 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
099. Antrag Stadtrat			205 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP)
	55 000		150 000 Minderheit	Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Plafonierung auf langjährigen Schnitt

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 100.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Shaibal Roy (GLP): Es geht um das Thema Ambulanzfahrzeuge sowie das Thema Material- und Personaltransportfahrzeuge, jedoch nicht um die Bemannung derselben. Im Jahr 2016 sollten nicht drei, sondern zwei Rettungswagen ersetzt werden. Bei den Material- und Personaltransportfahrzeugen sollten insgesamt 5 von 6 Fahrzeugen ersetzt werden. Die Fahrzeuge ohne Russpartikelfilter sollten jetzt ersetzt werden und das letzte Fahrzeug kann in den kommenden Jahren ersetzt werden.

Florian Utz (SP): Wir lehnen diesen Antrag aus Sicherheitserwägungen ab. Wir haben bei diversen Fahrzeugen Kürzungsanträge gestellt. Hier geht es um einen sicherheitsrelevanten Bereich. Wir wollen, dass die Fahrzeuge schnell und sicher sind. Die aktuellen Fahrzeuge stammen teilweise aus dem letzten Jahrhundert. Diese sicherheitsrelevanten Fahrzeuge sollten ersetzt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Tognella (FDP): Nur, weil etwas lange funktioniert, bedeutet dies nicht, dass es schlecht ist. Wir haben in München die Feuerwehr besucht. Die Feuerwehrautos sind dort viel älter als unsere Wagen. Wir haben einen kurzen Erneuerungszyklus im Vergleich zu anderen Städten. Im Vergleich mit anderen mitteleuropäischen Städten einen sehr kurzen Zyklus. Unsere Fahrzeuge werden in anderen Städten genutzt und sind dort weiterhin sicher. Die SP sollte ihre Argumentation überprüfen.

Roger Liebi (SVP): In unserem Parteiprogramm steht, dass der Staat das tun soll, was Private nicht können. Der Staat sollte sich auf seine Aufgaben konzentrieren. Dazu gehört die Sicherheit und der Schutz der Bevölkerung. Deshalb machen wir in diesem Bereich keine Abstriche.

S. 215	25 2550 506100	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
100.	Antrag Stadtrat				3 076 000	Mehrheit
			380 000		2 696 000	Minderheit
		Begründung:	Verschiebung Anschaffung 1 Ambulanzfahrzeug und 1 Material-/Personal-Transportfahrzeug			
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 41 Stimmen zu.

Dieser Zyklus ist zu lange. Wenn wir die Anzahl Erneuerungen von 20 auf 15 kürzen, handelt es sich bereits um eine Kürzung. Eine weitere Kürzung auf 10 Anlagen ist keine nachhaltige Lichtsignalpolitik.

Weitere Wortmeldung:

Roger Tognella (FDP): *Man könnte auch argumentieren, dass die Lichtsignalanlagen langlebig sind. Das Konzept für die Lichtsignalanlagen wird bald 40 Jahre alt. Das Konzept funktioniert immer noch. Jetzt braucht es eine technische Erneuerung. Die Frage ist, ob wir tatsächlich so viele Lichtsignalanlagen benötigen. Die Dichte der Lichtsignalanlagen ist etwa gleich hoch wie diejenige der Verbotsschilder. Diese Dichte ist sehr hoch. Vielleicht wäre weniger mehr.*

S. 218	25 2555 3149 0101	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Kleinere Neu- und Umbauten: Verkehrsregelungsanlagen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
102.	Antrag Stadtrat				1 725 000	Minderheit
			150 000		1 575 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
						Shaibal Roy (GLP) Refe- rent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Auf 5 der 15 Sanierungen verzichten - um 1 Jahr verschieben

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 58 Stimmen zu.

Antrag 103.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Hungerbühler (CVP): *Es geht um Entschädigungen Dienstleistungen Dritter. Wir sind der Ansicht, dass das Ausgabenwachstum beschränkt werden sollte. Auch mit unserer Einsparung werden die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr wachsen.*

Florian Utz (SP): *Es ist nicht klar, was bei diesem Konto gestrichen werden soll. Es ist schwierig zu begründen, weshalb diese Kürzung nicht sinnvoll ist. Eine willkürliche Kürzung ist jedoch tatsächlich nicht sinnvoll.*

S. 218	25 2555 3180 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter					
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen	
103.	Antrag Stadtrat				1 570 000	Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Vizepräsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
			80 000		1 490 000	Mehrheit	
						Enthaltung	
			Begründung: Ausgabenwachstum beschränken				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 104.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christian Traber (CVP): Dieser Kürzungsantrag kann nicht auf dem Konto gefunden werden. Wenn man sich die Rechnung 2014 und das Budget 2015 anschaut, bewegen sich die Ausgaben etwa in der Höhe von 300 000 Franken. Wir sind der Ansicht, dass unser Kürzungsantrag realistisch ist. Es müssen nicht alle Anschaffungen 2016 getätigt werden.

Florian Utz (SP): Letztes Jahr wurde bereits etappiert. Diese Ausgaben fallen dieses Jahr an. Gerade in der Software sind die Ausgaben nicht gleichbleibend. Ich fände es sinnvoll, wenn angegeben würde, wo gekürzt werden soll.

S. 219	25 2555 3189 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter					
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen	
104.	Antrag Stadtrat				315 000	Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Vizepräsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
			50 000		265 000	Mehrheit	
						Enthaltung	
			Begründung: Ausgabenwachstum beschränken				

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 105.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Tognella (FDP): In diesem Antrag wird vorweggenommen, dass die Gebühren angehoben werden. Es wird davon ausgegangen, dass eine zugehörige Weisung angenommen wird. Es ist unklar, ob diese Weisung tatsächlich angenommen wird. Deshalb ist der Ertrag auch fragwürdig. Diese Budgetierung erfolgt auf Vorrat. Das ehrliche Vorgehen wäre, hier Null einzustellen.

Florian Utz (SP): Ich bin über das Doppelspiel der FDP irritiert, die in der Kommission einen Kompromiss fordert, in der Budgetdebatte jedoch fordert, die Parkgebühren nicht zu erhöhen.

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): Wir schliessen uns der Minderheit an. Bei einem Geschäft, das in der Kommission verhandelt wird, sollte die Entscheidung nicht vorweggenommen werden.

Derek Richter (SVP): Im Gegensatz zur FDP haben wir eine stringente Meinung. Es ist nicht tragbar, wenn Parkplätze abgebaut und gleichzeitig Mehreinnahmen budgetiert werden.

Roger Tognella (FDP): Ich bin gespannt auf die Abstimmung.

Christian Traber (CVP): Wir folgen dem Stadtrat, solange die Weisung noch nicht behandelt wurde.

S. 219	25 2555 4270 0300	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Parkierungsgebühren für den gesteigerten Gemeindegebrauch				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
105.	Antrag Stadtrat			1 500 000	-8 000 000 -6 500 000	Mehrheit Minderheit
			Begründung: Keine Erhöhung der Parkgebühren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 57 Stimmen zu.

Antrag 106.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Kleger (FDP): Es ist korrekt, dass Velostreifen und Velomassnahmen notwendig sind. Diese Massnahmen müssen jedoch nicht durch zusätzliche, teure Kommunikationen

tionsmassnahmen gefördert werden.

Florian Utz (SP): Es gibt zwei Gründe gegen diesen Kürzungsantrag. Wir finden den Masterplan Velo sinnvoll. Die baulichen Massnahmen stehen im Vordergrund. Die Kommunikationsmassnahmen sind jedoch auch sinnvoll. Wir sind gegen eine Streichung letzterer. Auf diesem Budgetposten sind keine Kommunikationsmassnahmen budgetiert. Es geht um den Bau.

S. 220	25 2555 501210	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Bau Verkehrseinrichtungen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
106.	Antrag Stadtrat				12 000 000	Mehrheit
			200 000		11 800 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Keine Kommunikationsmassnahmen Masterplan Velo

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Antrag 107.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es geht um 40 000 Franken. Uns ist aufgefallen, dass es auf diesem Konto einen Posten zu juristischen Verfahren am Flughafen gibt. Es hat uns erstaunt, dass die Stadt als Aktionärin und Verwaltungsratsmitglied diesen Posten besitzt. Dies ist eigenartig und spricht nicht für eine glaubwürdige Verwaltungsrepräsentation.

Andrea Nüssli (SP): Es geht darum, dass der Bund mit dem Sachplan Infrastruktur Luftfahrt einen Ausbau der Flughafenkapazität plant. Dies kann bedeuten, dass der Fluglärm die Stadt betreffen wird. Dagegen wird die Stadt zum Schutz der Bevölkerung den Rechtsweg beschreiten.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Das einzig Richtige wäre der Verkauf der Flughafenaktien. Die Stadt verdient an diesem Flughafen und sitzt im Verwaltungsrat. Es ist unlauter, dass die Stadt möglicherweise gegen den Fluglärm klagen wird. Es ist verständlich, dass die Stadt gegen gewisse Dinge ankämpfen will. Dann müsste sich die Stadt jedoch aus dem Verwaltungsrat und als Aktionärin zurückziehen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Die Stadt ist kein Unternehmen. Die Gemeinderatsmehrheit beauftragt den Stadtrat immer wieder, die Bevölkerung vor übermässigem Lärm zu schützen. Die philosophische Debatte über Schwankungsreserven und die Verwaltungsratsstätigkeit der Stadt ist nicht zielführend. Wenn wir den Lärmschutz ernst nehmen wollen, benötigen wir Geld.*

Roger Liebi (SVP): *Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Buchgewinn der Flughafenaktien ausgegeben wird. Es wird also Geld ausgegeben, das nie eingenommen wurde.*

S. 223	30 3000 3180 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
107.	Antrag Stadtrat				198 500	Mehrheit
			40 000		158 500	Minderheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Verzicht auf juristische Verfahren Flughafen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 108.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Es geht um Klausuren und Beratungen. 11 000 Franken können eingespart werden. Wir müssen das systemische Defizit reduzieren.*

Andrea Nüssli (SP): *Im Verhältnis handelt es bei dieser Kürzung sich um einen Fünftel des eingestellten Betrags. Externe Unterstützung ist notwendig, deshalb ist die Kürzung nicht zielführend.*

S. 223	30 3000 3186 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
108.	Antrag Stadtrat			58 000	Mehrheit
		11 000		47 000	Minderheit
					Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Klausuren und Beratungen kürzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 50 Stimmen zu.

Antrag 109.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Es geht unter anderem um medizinische Angebote für Asylbewerber, so beispielsweise um das Ambulatorium Kanonengasse. Es konnte nicht aufgezeigt werden, was auf die Gemeinde zukommt, wenn sie diese Aufgaben übernimmt. Im Ambulatorium Kanonengasse werden sämtliche Behandlungen durchgeführt. Dies betrifft sowohl Grippe-, als auch Zahnbehandlungen. Diese Behandlungen erfolgen in Zusammenarbeit mit dem Zentrum Juch. Natürlich soll Flüchtlingen geholfen werden, wenn sie schwer krank sind. Wir können jedoch nicht alles tun. Die Flüchtlinge haben eine Krankenversicherung. Das Beispiel zeigt auf, wie stark die Kosten im Asylbereich steigen. Dies geht so nicht. Eine Unterteilung in verschiedene Kategorien im Budget wäre wünschenswert, auf diese intransparente Weise ist dies nicht tragbar.*

Andrea Nüssli (SP): *In diesem Konto beträgt die Erhöhung im Vergleich zur Rechnung nur 530 000 Franken. Es geht darum, die Grundversorgung der Menschen, die am Rand der Gesellschaft leben, sicherzustellen. Verschiedene Institutionen stellen diese Versorgung sicher. Diese Menschen können sich oft nicht in einer normalen Klinik integrieren. Es geht um Flüchtlinge, Suchtmittelabhängige und Menschen, die am Rand der Gesellschaft leben. Es geht auch um junge Menschen, die spezielle Betreuung brauchen, damit sie nicht unter der Brücke leben. Auch für die psychiatrische Polyklinik sind diese Ausgaben notwendig. In der Psychiatrie werden die Leute ambulant behandelt und leben zu Hause, wo sie betreut werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Ich verstehe nicht, wenn die Kanonengasse aufgeführt und nur von den polymorbiden Menschen gesprochen wird. Es wird nicht erklärt, warum die Anzahl dieser Personen zunehmen sollte. Der Stadtrat schreibt, dass die Kanonengasse auch für Asylbewerber mitverantwortlich ist.*

Walter Angst (AL): Im Juch gibt es einen Gatekeeper, der entscheidet, ob man zum Arzt gehen darf. Wenn ein Asylbewerber zum Arzt gehen darf, geht er in der Kanonengasse. Es handelt sich dabei um die günstigste Möglichkeit, Asylbewerber medizinisch zu betreuen. Zudem ist es so, dass die Asylbewerber bei Weitem nicht die Leistung bekommen, die wir erhalten. In der Zahnmedizin werden lediglich Zähne gezogen. Es ist eine Provokation, wie über die Leute hinweggegangen wird. Die Stadt erbringt die notwendigen Leistungen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die SVP sagt nicht, wann Asylbewerber behandelt werden dürfen. Ich bitte von der SVP und der FDP, die sich der Begründung der SVP anschliesst, um Auskunft darüber.

Stefan Urech (SVP): Walter Angst (AL) stellt dies so dar, als ob die Stadt bei Asylbewerbern nur Zähne ziehen würde. Eine Kollegin erzählte mir, sie würde bei Asylbewerbern auch Zahnfüllungen machen. Dabei handelt es sich nicht um die billigsten Füllungen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Es wurde über das Thema Asylbewerber alles abgehandelt, was im Ambulatorium Kanonengasse passiert. Die RPK hat die Antwort erhalten und wahrscheinlich auch gelesen. Die RPK wollte wissen, welche neuen Stellen bewilligt werden sollen. Es handelt sich um zwei Stellen für die Psychiatrie, Konsiliardienst am Stadtspital Triemli und am Stadtspital Waid. Diese Stellen sind vollumfänglich refinanziert. Werden diese Stellen gekürzt, fallen auch die Erträge weg und die Leistung muss anderswo eingekauft werden. Es sind zwei Stellen im Kompass. Diese sind teilweise refinanziert. Dort geht es um die zunehmende Polymorbidität. Dieses Angebot basiert auf einem Gemeinderatsbeschluss. Es geht um zwei Stellen im Ambulatorium Kanonengasse. Es geht um eine allgemeinmedizinische und gynäkologische Sprechstunde. Dort wird das behandelt, was von den Hausärztinnen und Hausärzten nicht behandelt wird. Im Wesentlichen handelt es sich um Notfallbehandlungen. Es geht zudem um eine weitere Stelle im Ambulatorium Kanonengasse und eine Stelle im SAD im stadtärztlichen Dienst. Dort geht es um die gestiegenen Flüchtlingszahlen. Diese Stellen sind teilweise refinanziert und ein Auftrag des Bundes, wenn es um das Testzentrum geht. Die Frage ist, ob die AOZ diese Dienstleistung bei der Stadt oder woanders einkauft. Wird diese Dienstleistung woanders eingekauft, bekäme die Stadt auch die Erträge nicht. Die jetzigen Flüchtlingszahlen waren im Juni nicht vorhersehbar.

S. 225		30		GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT		
		3010		Städtische Gesundheitsdienste		
		3010 0000		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals		
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
109.	Antrag Stadtrat			16 698 400	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		760 600		16 176 900	Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurück auf Budget 2015, übertriebene Angebote für Asylbewerber

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 110. und 111.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Ich verweise auf die entsprechenden Argumente, die vorher vorgebracht wurden.

Christian Traber (CVP): Ich schliesse mich dem Votum von Florian Utz (SP) an. Wir haben bereits beim Polizeidepartement darüber debattiert.

S. 228	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT				
	3010	Städtische Gesundheitsdienste				
	3300 0000	Abschreibungen von Guthaben des Finanzvermögens				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
110.	Antrag Stadtrat				107 000	Minderheit
			5 000		102 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP) Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne)
						Begründung: ZAB mit 600 (IST) statt 1000 Übernachtungen budgetieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 28 Stimmen zu.

Antrag 111.

Wortmeldungen siehe Antrag 110.

S. 229	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT				
	3010	Städtische Gesundheitsdienste				
	4320 0000	Kostgelder und Taxen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
111.	Antrag Stadtrat				-6 309 200	Minderheit
					- 100 000 N	
				50 000	-6 359 200	Mehrheit
						Enthaltung
						Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP) Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne)

Begründung: ZAB mit 600 (IST) statt 1000 Übernachtungen budgetieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 112.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Shaibal Roy (GLP): Es geht um Lohnmassnahmen für die Spitex. Wir sind der Ansicht, dass in Anlehnung an die städtischen Personalbestimmungen und Massnahmen eine Kürzung vorgenommen werden sollte.

Andrea Nüssli (SP): Es geht nicht darum, dass die Stadt Lohnmassnahmen bei der Spitex verändern kann. Die Stadt vergibt einen Leistungsauftrag an die Spitex, die selbstständig über die Löhne entscheidet. Nichtsdestotrotz sind die Löhne der Spitex an das Lohnreglement der Stadt angeglichen. Es freut mich, aufzuzeigen, was die Spitex kann. Sie leistet einen Sparbeitrag. Wenn man die präventive Wirkung der Hauswirtschaft anschaut, dann ist diese nicht von der Hand zu weisen. Wenn Ihr Vater nicht die Treppe herunterstürzt, weil ihm die Spitex beim Aufhängen der Wäsche hilft, können Leid, Umtriebe und Kosten minimiert werden. Die Spitex erbringt eine wertvolle Leistung.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Der Lohn soll gemäss Minderheit bei den Spitex-Organisationen mit kommunalem Auftrag nicht angepasst werden. Die kantonale Gesundheitsdirektion legt die Normdefizite fest. Diese wurden bei den Spitex-Organisationen ohne kommunalen Auftrag erhöht. Es ist auffällig, dass diese nicht angetastet werden sollen.

S. 229	30 3010 3650 4000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Beiträge an private Unternehmungen für nichtpflegerische Leistungen (Spitex)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
112.	Antrag Stadtrat				15 550 800	Mehrheit
			250 000		15 300 800	Minderheit
			Begründung: Auf die Lohnmassnahmen in der Höhe von Fr. 250 000 bei der Spitex in Anlehnung an die städtischen Personalbestimmungen sei zu verzichten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 56 Stimmen zu.

Antrag 113.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Bei diesem Antrag bei den Pflegezentren geht es um die Stärkung der Langzeitpflege. Wir wollen mehr Stellen in den einzelnen Pflegezentren. Wir wollen, dass wir qualifiziertes, gutes und motiviertes Personal haben, das für die Betreuung Zeit hat. Wir wollen nicht, dass das Personal immer stärker ausgebrannt ist und immer mehr administrative Aufgaben erfüllt werden. Pflegezentren sind Wohnorte, die Menschen nehmen dort Abschied. Wir wollen, dass die Menschen dort nicht nur abgefertigt werden, weil das Personal keine Zeit hat. Es soll sich um einen würdigen, heimeligen Ort handeln. Dies wollen wir weiter ausbauen. Für unsere Eltern, Grosseltern und nicht zuletzt für uns soll gut und liebevoll gesorgt werden. Eine individuelle Pflege ist wichtig. Empathie, Zeit, Geduld, das notwendige Gespür, wenn es immer schwieriger wird. Wenn die Menschen dement werden, ist dies auch für die Angehörigen schwierig. Die Arbeit ist im medizinischen, sozialpädagogischen und therapeutischen Bereich schwierig. Es braucht eine gute Ausbildung und Zeit. Die Realität ist, dass immer mehr Druck auf dem Personal lastet und immer weniger Zeit für die Betreuung bleibt. Es geht auch um die ethische Frage, welche Betreuung wir unseren Angehörigen zukommen lassen. Wollen wir gestresstes Pflegepersonal ohne adäquate Ausbildung oder wollen wir Personal, das für die Fragen unserer Angehörigen Zeit hat und ihnen Unterstützung bietet. Wir tun medizinisch alles, um noch älter zu werden. Wir benötigen auch würdige Pflege. Es ist klar, dass dies etwas kostet. Die Kosten werden zunehmen. Sie kennen die demographische Entwicklung. Der Ausbau in den Pflegezentren ist wichtig.

Roger Liebi (SVP): Wir schliessen uns hier dem Antrag des Stadtrats an. Die Ausführungen haben uns nicht überzeugt.

Andrea Nüssli (SP): Die Ausführungen von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) haben uns überzeugt. Wir sind für eine bessere Betreuung in den Zentren. Dies wäre auch im Triemli- und Waidspital sowie allen Gesundheitsinstitutionen notwendig. Wir brauchen jedoch auch Einnahmen. Schweren Herzens lehnen wir diesen Antrag ab.

S. 231	30 3020 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren der Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
113.	Antrag Stadtrat			700 000	- 482 700 Mehrheit 217 300 Minderheit Enthaltung	Roger Liebi (SVP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Felix Moser (Grüne) Referent Vizepräsident Walter Angst (AL)
		Begründung:	Mehr Personal in der Langzeitpflege			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 14 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 78, Beschluss-Nr. 1493/2015).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1510. 2015/402

Schriftliche Anfrage von Christian Huser (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 11.12.2015:

Platzierung von Flüchtlingen und asylsuchenden Menschen, Anzahl und Zuteilung auf die einzelnen Stadtquartiere

Von Christian Huser (FDP) und Severin Pflüger (FDP) ist am 11. Dezember 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten Auskunft über die genaue Anzahl Menschen zu geben, welche in Zürich als Flüchtlinge und Asylsuchende untergebracht sind. Wir haben gegenüber den flüchtenden Menschen eine moralische und soziale Verantwortung und die Auflagen des Kantons Zürich sind zu erfüllen. Nur müssen wir aber leider feststellen, dass einzelne Quartiere in der Stadt Zürich durch die Platzierung von Flüchtlingen und asylsuchenden Menschen mehr belastet sind als andere. Deshalb hätten wir gerne folgende Fragen beantwortet.

1. Wieviele Menschen sind 2013, 2014 und 2015 vorübergehend in Durchgangszentren platziert worden?
2. Wieviele Menschen sind 2013, 2014 und 2015 definitiv aufgenommen worden?
3. Wie ist die Aufteilung der Menschen in Zahlen nach Stadtquartieren?
4. Wieviele davon sind Kinder, Frauen und Männer?
5. Wieviele davon sind Familien?
6. Wieviele Kinder davon sind in Kindergärten, in der Unterstufe und in der Oberstufe platziert?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 11. Dezember 2015, 17.00 Uhr.